

No. 32618

**AUSTRIA
and
SLOVAKIA**

**Agreement to supplement the European Convention on
Extradition of 13 December 1957 and to facilitate its
application. Signed at Vienna on 20 June 1994**

Authentic texts: German and Slovak.

Registered by Austria on 22 February 1996.

**AUTRICHE
et
SLOVAQUIE**

**Traité visant à compléter la Convention européenne d'extra-
dition du 13 décembre 1957 et à faciliter son application.
Signé à Vienne le 20 juin 1994**

Textes authentiques : allemand et slovaque.

Enregistré par l'Autriche le 22 février 1996.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

VERTRAG ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER SLOWAKISCHEN REPUBLIK ÜBER DIE ERGÄNZUNG DES EUROPÄISCHEN AUSLIEFERUNGSÜBEREINKOMMENS VOM 13. DEZEMBER 1957 UND DIE ERLEICHTERUNG SEINER ANWENDUNG**Artikel I**

(Zu Artikel 2 des Übereinkommens)

Wird eine Auslieferung nach Artikel 2 Absatz 1 des Übereinkommens bewilligt, so wird die Auslieferung auch wegen anderer Handlungen bewilligt, deren Bestrafung in beiden Vertragsstaaten in die Zuständigkeit der Gerichte fällt.

Artikel II

(Zu Artikel 5 des Übereinkommens)

(1) In Steuer-, Abgaben-, Zoll-, Monopol- und Devisenstrafsachen und in Strafsachen wegen der Verletzung von Vorschriften der Warenbewirtschaftung oder über den Außenhandel wird die Auslieferung nur bewilligt, wenn die dem Ersuchen zugrundeliegende Handlung auch nach einer vergleichbaren Strafbestimmung des ersuchten Vertragsstaates gerichtlich strafbar wäre.

(2) Die Auslieferung darf nicht ausschließlich mit der Begründung abgelehnt werden, daß das Recht des ersuchten Vertragsstaates keine Steuer-, Abgaben-, Zoll-, Monopol- und Devisenvorschriften oder keine Vorschriften über die Warenbewirtschaftung oder über den Außenhandel derselben Art wie das Recht des ersuchenden Vertragsstaates enthält.

Artikel III

(Zu Artikel 7 und 8 des Übereinkommens)

(1) Der ersuchte Vertragsstaat kann die Auslieferung einer Person wegen einer strafbaren Handlung, die nach seinen Rechtsvorschriften seiner Gerichtsbarkeit unterliegt, bewilligen, wenn der Durchführung des Strafverfahrens im ersuchenden Vertragsstaat mit Rücksicht auf die besonderen Umstände, insbesondere aus Gründen der Wahrheitsfindung, der Strafzumessung und des Strafvollzuges oder im Interesse der Resozialisierung des Rechtsbrechers der Vorzug zu geben ist.

(2) Absatz 1 ist bei der Entscheidung über die Zustimmung zu einer Weiterlieferung (Artikel 15 des Übereinkommens) sinngemäß anzuwenden.

Artikel IV

(Zu Artikel 9 des Übereinkommens)

(1) Die Auslieferung wird auch nicht bewilligt, wenn die dem Auslieferungsersuchen zugrundeliegenden Handlungen in einem dritten Staat verübt worden sind und in diesem Staat eine der in Artikel 9 des Übereinkommens erwähnten Entscheidungen ergangen ist.

(2) Ist im ersuchten Vertragsstaat ein rechtskräftiges Urteil ergangen, so kann dessenungeachtet unter den Voraussetzungen des Artikels III Absatz 1 dieses Vertrages die Auslieferung bewilligt werden, wenn neue Tatsachen oder Beweise die Wiederaufnahme des Strafverfahrens rechtfertigen oder wenn die im Urteil verhängte Strafe ganz oder teilweise nicht vollstreckt und für den noch nicht vollstreckten Teil nicht nachgesehen worden ist.

(3) Der ersuchte Vertragsstaat wird die Auslieferung einer Person nicht ablehnen, wenn seine Justizbehörden diese Person nur wegen fehlender eigener Gerichtsbarkeit freigesprochen oder nur aus diesem Grund gegen sie kein Strafverfahren eingeleitet oder ein bereits eingeleitetes Strafverfahren eingestellt haben.

Artikel V

(Zu Artikel 10 des Übereinkommens)

Für die Hemmung und die Unterbrechung der Verjährung sind allein die Rechtsvorschriften des ersuchenden Vertragsstaates maßgebend.

Artikel VI

(1) Eine im ersuchten Vertragsstaat erlassene Amnestie steht der Auslieferung nicht entgegen, wenn die strafbare Handlung, wegen der die Auslieferung begehrt wird, nicht der Gerichtsbarkeit des ersuchten Vertragsstaates unterliegt.

(2) Die Verpflichtung zur Auslieferung wird durch das Fehlen einer Zustimmung zur Strafverfolgung oder einer sonstigen Erklärung des Geschädigten, die nach dem Recht des ersuchten Vertragsstaates zur Einleitung und Fortsetzung des Strafverfahrens erforderlich wäre, nicht berührt.

Artikel VII

(Zu Artikel 12 des Übereinkommens)

(1) In den durch diesen Vertrag geregelten Angelegenheiten erfolgt der Schriftverkehr zwischen dem Bundesministerium für Justiz der Republik Österreich einerseits und der Generalstaatsanwaltschaft der Slowakischen Republik und dem Justizministerium der Slowakischen Republik andererseits. Der diplomatische Weg wird dadurch nicht ausgeschlossen.

(2) In den Fällen des Strafaufschubes, der Strafunterbrechung und der bedingten Aussetzung der Vollstreckung einer Strafe oder vorbeugenden Maßnahme sind einem Ersuchen um Auslieferung oder Durchlieferung auch die zur Feststellung der Vollstreckbarkeit dienenden Urkunden beizufügen.

Artikel VIII

(Zu Artikel 14 des Übereinkommens)

(1) Die bedingte Freilassung oder Enthftung einer ausgelieferten Person ohne eine ihre Bewegungsfreiheit einschränkende Anordnung steht der endgültigen Freilassung gleich.

(2) Im Sinne des Artikels 14 Absatz 2 des Übereinkommens kann der ersuchte Vertragsstaat auch Maßnahmen treffen, um die für ein Ersuchen um Zustimmung nach Artikel 14 Absatz 1 lit. a des Übereinkommens erforderlichen Unterlagen zu erhalten; zu diesem Zweck ist die Vernehmung der ausgelieferten Person und ihre Vorführung zur Vernehmung zulässig. Nach der Stellung eines Ersuchens um Zustimmung kann die ausgelieferte Person ungeachtet der Einschränkung des Artikels 14 des Übereinkommens bis zum Eingang der Entscheidung über dieses Ersuchen in Haft gehalten werden, wenn die Anordnung der Haft nach den Rechtsvorschriften des ersuchenden Vertragsstaates an sich zulässig ist.

Artikel IX

(Zu Artikel 15 des Übereinkommens)

Einem Ersuchen um Zustimmung zur Weiterlieferung an eine andere Vertragspartei des Übereinkommens oder an einen dritten Staat sind die in Artikel 12 Absatz 2 des Übereinkommens erwähnten Unterlagen beizufügen, die dem um Zustimmung ersuchenden Vertragsstaat übermittelt worden sind. Der darum ersuchte Vertragsstaat erteilt seine Zustimmung, wenn wegen der dem Auslieferungsersuchen zugrundeliegenden strafbaren Handlungen die Auslieferung an den anderen Vertragsstaat oder an den dritten Staat zulässig wäre.

Artikel X

(Zu Artikel 16 des Übereinkommens)

(1) Ein Ersuchen um vorläufige Verhaftung kann durch ein Gericht, eine Staatsanwaltschaft und eine oberste Justiz- und Polizeibehörde des einen Vertragsstaates an die zuständige Justiz- und Polizeibehörde des anderen Vertragsstaates gerichtet werden. Die Angabe der strafbaren Handlung hat eine kurze Sachverhaltsdarstellung zu umfassen.

(2) Erlangen die zuständigen Behörden eines Vertragsstaates davon Kenntnis, daß sich auf dem Gebiet dieses Vertragsstaates eine Person befindet, deren Auslieferung vom anderen Vertragsstaat begehrt werden kann, so werden sie diesen unverzüglich auf den in Artikel 16 Absatz 3 des Übereinkommens vorgesehenen Geschäftsweg befragen, ob er die Auslieferung dieser Person begehrt. Wird die Person in vorläufige Auslieferungshaft genommen, so ist der andere Vertragsstaat hievon unverzüglich unter Angabe des Zeitpunktes der Verhaftung und des Ortes der Haft zu verständigen.

(3) Die Fristen nach Artikel 16 Absatz 4 des Übereinkommens werden gewahrt, wenn das Auslieferungsgesuchen und die beigefügten Unterlagen vor deren Ablauf mittels Fernkopierer (Telefax) beim Justizministerium des ersuchten Staates einlangen und die Urschriften innerhalb angemessener Frist nachgereicht werden.

Artikel XI

(Zu Artikel 17 des Übereinkommens)

Zugleich mit der Entscheidung nach Artikel 17 des Übereinkommens wird der ersuchte Vertragsstaat auch über die Zulässigkeit der Weiterlieferung entscheiden; er wird diese Entscheidung allen beteiligten Staaten bekanntgeben.

Artikel XII

(Zu Artikel 19 des Übereinkommens)

(1) Artikel 19 Absatz 1 des Übereinkommens wird auch beim Vollzug einer vorbeugenden Maßnahme angewendet.

(2) Um die zeitweilige Übergabe im Sinne des Artikels 19 Absatz 2 des Übereinkommens kann zur Durchführung dringender Prozeßhandlungen ersucht werden. Diese Prozeßhandlungen sind im Ersuchen näher zu bezeichnen. Die Übergabe kann abgelehnt werden, wenn durch sie eine gerichtliche Verfolgung im ersuchten Vertragsstaat erheblich verzögert oder erschwert würde oder wenn sie unangemessene Nachteile für die auszuliefernde Person zur Folge haben könnte. Nach Durchführung der Prozeßhandlungen im ersuchenden Vertragsstaat oder auf Verlangen des ersuchten Vertragsstaates wird die übergebene Person ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit zurückgestellt.

(3) Im Fall der vorläufigen Übergabe wird die übergebene Person im ersuchenden Vertragsstaat für die Dauer ihres Aufenthaltes in Haft gehalten. Diese Haft wird im ersuchten Vertragsstaat auf die dort zu verbüßende Strafe angerechnet.

(4) Die durch eine vorläufige Übergabe im Hoheitsgebiet des ersuchten Vertragsstaates entstandenen Kosten werden nicht erstattet.

Artikel XIII

(Zu Artikel 20 des Übereinkommens)

(1) Wird die Auslieferung einer Person bewilligt, so werden auch ohne besonderes Ersuchen die Gegenstände, die im Artikel 20 des Übereinkommens bezeichnet sind oder als Entgelt für solche Gegenstände erlangt worden sind, wenn möglich zugleich mit der auszuliefernden Person übergeben. Sie werden auch dann übergeben, wenn die bereits bewilligte Auslieferung wegen Flucht oder Todes dieser Person nicht vollzogen werden kann; weiters dann, wenn die Auslieferung, die nach dem Übereinkommen zulässig wäre, nicht bewilligt werden kann, weil die auszuliefernde Person geflüchtet oder gestorben ist oder im ersuchten Vertragsstaat nicht betreten werden konnte.

(2) Der ersuchte Vertragsstaat gibt dem ersuchenden Vertragsstaat bekannt, welche der in Artikel 20 des Übereinkommens bezeichneten Gegenstände sichergestellt worden sind und ob die Person, um deren Auslieferung ersucht wird, mit der unmittelbaren Rückgabe an den Geschädigten einverstanden ist. Der ersuchende Vertragsstaat teilt dem ersuchten Vertragsstaat sobald wie möglich mit, ob er auf die Übergabe der Gegenstände unter der Bedingung verzichtet, daß sie dem Geschädigten oder dessen Beauftragten ausgehändigt werden.

(3) Ein Zolpfandrecht oder eine sonstige dingliche Haftung nach den Vorschriften des Zoll- oder Steuerrechtes wird der ersuchte Vertragsstaat bei der Übergabe von Gegenständen unter Verzicht auf deren Rückstellung nicht geltend machen, es sei denn, daß der durch die strafbare Handlung geschädigte Eigentümer der Gegenstände die Abgabe selbst schuldet.

Artikel XIV

(Zu Artikel 21 des Übereinkommens)

(1) Für die Dauer der Durchlieferung hat der darum ersuchte Vertragsstaat die ihm übergebene Person in Haft zu halten.

(2) Soll eine Person, die von einem dritten Staat an einen Vertragsstaat ausgeliefert wird, auf dem Luftweg durch das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates ohne Zwischenlandung in diesen Vertragsstaat befördert werden, so ist eine Verständigung jenes Vertragsstaates, dessen Hoheitsgebiet überflogen werden soll, nicht erforderlich, wenn die Person weder dessen Staatsangehörigkeit besitzt noch in Anspruch nimmt und die Auslieferung nicht wegen einer der in den Artikeln 3 und 4 des Übereinkommens bezeichneten strafbaren Handlungen erfolgt.

Artikel XV

(Zu Artikel 23 des Übereinkommens)

Auslieferungsersuchen und sonstige Schriftstücke werden in der Sprache des ersuchenden Vertragsstaates abgefaßt. Übersetzungen werden nicht gefordert.

Artikel XVI

(Zu Artikel 25 des Übereinkommens)

Im Sinne dieses Vertrages bedeutet der Ausdruck „vorbeugende Maßnahme“ eine mit Freiheitsentziehung verbundene Maßnahme, die nach den Strafgesetzen durch eine gerichtliche Entscheidung neben oder anstelle einer Strafe angeordnet wird. Ist die Dauer einer noch zu vollziehenden Maßnahme unbestimmt, so ist für die Zwecke dieses Vertrages der Zeitpunkt maßgebend, zu dem die Maßnahme nach dem Recht des ersuchenden Vertragsstaates spätestens aufzuheben ist.

Artikel XVII

(Zu Artikel 31 des Übereinkommens)

Kündigt einer der Vertragsstaaten das Übereinkommen, so wird die Kündigung im Verhältnis zwischen der Republik Österreich und der Slowakischen Republik zwei Jahre nach Eingang der Notifikation der Kündigung beim Generalsekretär des Europarates wirksam.

Artikel XVIII

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden in Preßburg ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht wurden.

(3) Dieser Vertrag bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, sofern nicht einer der Vertragsstaaten den Vertrag schriftlich auf diplomatischem Wege kündigt. In diesem Fall tritt der Vertrag ein Jahr nach der Kündigung außer Kraft. Der Vertrag tritt auch ohne Kündigung mit dem Zeitpunkt außer Kraft, in dem das Europäische Auslieferungsübereinkommen vom 13. Dezember 1957 zwischen den Vertragsstaaten des vorliegenden Vertrages außer Kraft tritt.

Geschehen zu Wien, am 20. Juni 1994 in zwei Urschriften, jede in deutscher und slowakischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik
Österreich:

NIKOLAUS MICHALEK

Für die Slowakische
Republik:

MILAN HANZEL

[SLOVAK TEXT — TEXTE SLOVAQUE]

ZMLUVA MEDZI RAKÚSKOU REPUBLIKOU A SLOVENSKOU REPUBLIKOU O DOPLNENÍ EURÓPSKEHO DOHOVORU O VYDÁVANÍ Z 13. DECEMBRA 1957 A UĽAHČENÍ JEHO VYKONÁVANIA

Článok I

(k článku 2 Dohovoru)

Ak sa povolí vydanie podľa článku 2 odsek 1 Dohovoru, povolí sa vydanie i pre iné činy, ktorých potrestanie patrí v oboch zmluvných štátoch do právomoci súdu.

Článok II

(k článku 5 Dohovoru)

(1) Pri daňových, monopolových, colných a devízových trestných činoch a trestných činoch spočívajúcich v porušení predpisov týkajúcich sa hospodárenia s tovarom alebo zahraničného obchodu, sa vydanie povolí len vtedy, ak je čin, pre ktorý sa vydanie žiada, podľa práva dožiadaného zmluvného štátu súdne trestný.

(2) Vydanie nemožno odmietnuť iba z dôvodu, že právo dožiadaného zmluvného štátu nepozná rovnaké daňové, monopolné, colné alebo devízové predpisy alebo predpisy týkajúce sa hospodárenia s tovarom alebo zahraničného obchodu ako právo dožadujúceho zmluvného štátu.

Článok III

(k článku 7 a 8 Dohovoru)

(1) Dožiadaný zmluvný štát môže povoliť vydanie osoby pre trestný čin, na prejednanie ktorého je podľa jeho právnych predpisov daná právomoc súdov tohto štátu, vtedy keď treba dať prednosť uskuotočneniu trestného konania v dožadujúcom zmluvnom štáte s ohľadom na zvláštne okolnosti, najmä z dôvodov zistenia pravdy, výmery trestu a výkonu trestu alebo v záujme resocializácie páchatel'a trestného činu.

(2) Odsek 1 sa primerane použije pri rozhodovaní o súhlase na ďalšie odovzdanie (článok 15 Dohovoru).

Článok IV

(k článku 9 Dohovoru)

(1) Vydanie sa nepovolí tiež vtedy, ak činy, pre ktoré sa vydanie žiada, boli spáchané v treťom štáte a v tomto štáte bolo vydané jedno z rozhodnutí uvedených v článku 9 Dohovoru.

(2) Ak bol v dožiadanom zmluvnom štáte vynesenej právoplatný rozsudok, môže sa napriek tomu povoliť vydanie za podmienok uvedených v článku III odsek 1 tejto zmluvy, ak obnovu trestného konania odôvodňujú nové skutočnosti alebo dôkazy, alebo ak trest uložený v rozsudku nebol vykonaný celkom alebo z časti a pre nevykonanú časť nebol trest odpustený.

(3) Dožiadaný zmluvný štát neodmietne vydanie osoby, ak jeho justičné orgány túto osobu oslobodili len pre nedostatok svojej právomoci, alebo ak pre tento nedostatok trestné stíhanie nebolo proti nej začaté, alebo už začaté trestné stíhanie bolo zastavené.

Článok V

(k článku 10 Dohovoru)

Spočívanie alebo prerušenie premčania sa posudzuje iba podľa právnych predpisov dožadujúceho zmluvného štátu.

Článok VI

(1) Amnestia vyhlásená v dožiadanom zmluvnom štáte nebráni vydaniu, ak na konanie o trestnom čine, pre ktorý sa vydanie žiada, nie je daná právomoc dožiadaného zmluvného štátu.

(2) Povinnosť na vydanie nie je dotknutá chýbajúcim súhlasom na trestné stíhanie alebo chýbajúcim iným prehlásením poškodeného, ktoré je podľa práva dožiadaného zmluvného štátu potrebné na začatie trestného konania a pokračovanie v ňom.

Článok VII

(k článku 12 Dohovoru)

(1) Vo veciach upravených touto zmluvou sa písomný styk uskutočňuje medzi Spolkovým ministerstvom spravodlivosti Rakúskej republiky na jednej strane a Generálnou prokuratúrou Slovenskej republiky a Ministerstvom spravodlivosti Slovenskej republiky na strane druhej. Diplomatická cesta sa tým nevylučuje.

(2) V prípadoch odkladu, prerušenia alebo podmieňačného prepustenia z výkonu trestu odňatia slobody alebo ochranného opatrenia, sa k žiadosti o vydanie alebo prevoz pripoja tiež listiny, ktoré preukazujú dôvody pre ich výkon.

Článok VIII

(k článku 14 Dohovoru)

(1) Podmieňačne prepustenie alebo prepustenie z väzby vydananej osoby bez nariadenia obmedzenia slobody jej pohybu znamená jej úplné prepustenie na slobodu.

(2) V zmysle článku 14 odsek 2 Dohovoru môže dožiadaný zmluvný štát prijať i opatrenia na to, aby získal podklady potrebné na podanie žiadosti o súhlas podľa článku 14 odsek 1 písm. a) Dohovoru; za týmto účelom je prípustný výsluch vydananej osoby a jej predvedenie na výsluch. Po podaní žiadosti o súhlas môže byť vydaná osoba držaná vo väzbe bez ohľadu na obmedzenie uvedené v článku 14 Dohovoru až do vydania rozhodnutia o tejto žiadosti, ak je vzatie do väzby podľa právnych predpisov dožadujúceho zmluvného štátu prípustné.

Článok IX

(k článku 15 Dohovoru)

K žiadosti o súhlas s ďalším odovzdaním inej zmluvnej strane Dohovoru alebo tretiemu štátu je potrebné pripojiť doklady uvedené v článku 12 odsek 2 Dohovoru, ktoré boli zaslané zmluvnému štátu žiadajúcemu o súhlas. Zmluvný štát, ktorý bol požiadaný o udelenie súhlasu, súhlas udelí, ak trestný činom, pre ktorý bolo o vydanie požiadané, je trestným činom, pre ktorý by bolo prípustné vydanie inej zmluvnej strane Dohovoru alebo tretiemu štátu.

Článok X

(k článku 16 Dohovoru)

(1) Žiadosť o predbežnú väzbu môže byť podaná prostredníctvom súdu, prokuratúry alebo príslušného ústredného justičného orgánu alebo policajného orgánu jedného zmluvného štátu príslušnému justičnému alebo policajnému orgánu druhého zmluvného štátu. Údaje o trestnom čine musia obsahovať krátky popis skutkového stavu.

(2) Ak sa príslušné orgány jedného zmluvného štátu dozvedia, že sa na jeho území nachádza osoba, o ktorej vydanie môže žiadať druhý zmluvný štát, vyžadujú si neodkladne spôsobom upraveným v článku 16 odsek 3 Dohovoru od tohto štátu vyjadrenie, či bude žiadať o vydanie tejto osoby. Ak je osoba vzatá do predbežnej väzby, vyrozumie sa o tomto druhý zmluvný štát s uvedením presného času a miesta jej vzatia do väzby.

(3) Lehoty podľa článku 16 odsek 4 Dohovoru budú dodržané, ak pred ich uplynutím bude ministerstvu spravodlivosti dožiadaného štátu telefaxom doručená žiadosť o vydanie a pripojené podklady a tieto listiny budú následne v priemernej lehote doručené v originále.

Článok XI

(k článku 17 Dohovoru)

Súčasne s rozhodnutím podľa článku 17 Dohovoru rozhodne dožiadaný zmluvný štát o prípustnosti ďalšieho odovzdania; s týmto rozhodnutím oboznámi všetky zúčastnené štáty.

Článok XII

(k článku 19 Dohovoru)

(1) Článok 19 odsek 1 Dohovoru sa vzťahuje aj na výkon ochranného opatrenia.

(2) O dočasné odovzdanie v zmysle článku 19 odsek 2 Dohovoru možno žiadať za účelom vykonania naliehavých procesných úkonov. Tieto procesné úkony treba v žiadosti bližšie označiť. Takéto odovzdanie môže byť odmietnuté, ak sa tým značne omešká alebo sťažuje súdne stíhanie v dožiadanom zmluvnom štáte, alebo ak by to mohlo spôsobiť neprimerané následky pre osobu, ktorá má byť odovzdaná. Po vykonaní procesných úkonov v dožadujúcom zmluvnom štáte alebo na žiadosť dožiadaného zmluvného štátu sa odovzdaná osoba vráti späť bez ohľadu na jej štátne občianstvo.

(3) V prípade dočasného odovzdania je odovzdaná osoba držaná v dožadujúcom zmluvnom štáte po dobu svojho pobytu vo väzbe. Táto väzba sa v dožiadanom zmluvnom štáte započítava do výkonu trestu odňatia slobody.

(4) Náklady dočasného odovzdania, ktoré vznikli na území dožiadaného zmluvného štátu, sa neuhrádzajú.

Článok XIII

(k článku 20 Dohovoru)

(1) Ak sa povolí vydanie osoby, budú aj bez osobitnej žiadosti, pokiaľ je to možné súčasne s vydanou osobou, odovzdané veci označené v článku 20 Dohovoru alebo veci získané ako protihodnota za takéto veci. Veci budú odovzdané aj vtedy, ak už povolené vydanie osoby nemôže byť vykonané kvôli jej úteku alebo úmrtiu; ďalej vtedy, ak vydanie, ktoré by podľa Dohovoru bolo prípustné, nie je možné povoliť, pretože osoba, ktorá má byť vydaná, ušla alebo zomrela, alebo nemohla byť v dožiadanom zmluvnom štáte zistená.

(2) Dožiadaný zmluvný štát oznámi dožadujúcemu zmluvnému štátu, ktoré z vecí označených v článku 20 Dohovoru boli zaistené, a či osoba, o vydanie ktorej sa žiada, s bezprostredným navrátením vecí poškodenému súhlasí. Dožadujúci zmluvný štát oznámi dožiadanému zmluvnému štátu čo možno najskôr, či upúšťa od odovzdania vecí za podmienky, že budú vydané poškodenému alebo ním poverenej osobe.

(3) Dožiadaný zmluvný štát neuplatní pri odovzdaní vecí, ak sa vzdal ich navrátenia, záložné colné právo alebo iné vecné ručenie podľa predpisov colného či daňového práva, okrem tých prípadov, keď vlastníci vecí poškodený trestným činom príslušný poplatok sám dlhuje.

Článok XIV

(k článku 21 Dohovoru)

(1) Po dobu prevozu musí dožiadaný zmluvný štát držať osobu, ktorá mu bola odovzdaná, vo väzbe.

(2) Ak má byť osoba, ktorá je jednému zo zmluvných štátov vydaná tretím štátom, prepravovaná vzdušnou cestou nad územím druhého zmluvného štátu bez medzipristátia v tomto štáte, nie je potrebné informovať zmluvný štát, nad územím ktorého sa má let uskutočniť, ak táto osoba nemá jeho štátne občianstvo, ani si ho nenárokujú, a nepôjde o vydanie pre jeden z trestných činov uvedených v článku 3 a 4 Dohovoru.

Článok XV
(k článku 23 dohovoru)

Žiadosti o vydanie a ostatné písomnosti budú spísané v jazyku dožadujúceho zmluvného štátu. Preklady sa nevyžadujú.

Článok XVI

(k článku 25 Dohovoru)

Pre účely tejto zmluvy sa pojmom „ochranné opatrenie“ rozumie opatrenie spojené s pozbavením slobody, ktoré bolo nariadené súdnym rozhodnutím v súlade s trestnými zákonmi popri alebo namiesto trestu odňatia slobody. Ak je dĺžka trvania opatrenia, ktoré má byť vykonané, neurčitá, pre účely tejto zmluvy bude rozhodujúci časový moment, ku ktorému najneskôr má byť opatrenie podľa práva dožadujúceho zmluvného štátu zrušené.

Článok XVII

(k článku 31 Dohovoru)

Ak jeden zo zmluvných štátov vypovie Dohovor, nadobudne výpoveď účinnosť vo vzťahu medzi Rakúskou republikou a Slovenskou republikou dva roky po doručení oznámenia o vypovedaní Generálnemu tajomníkovi Rady Európy.

Článok XVIII

(1) Táto zmluva podlieha ratifikácii. Ratifikačné listiny budú vymenené v Bratislave.

(2) Táto zmluva nadobudne platnosť prvým dňom tretieho mesiaca nasledujúceho po mesiaci, v ktorom boli vymenené ratifikačné listiny.

(3) Táto zmluva sa uzatvára na dobu neurčitú a zostane v platnosti pokiaľ ju jeden zo zmluvných štátov nevypovie písomne diplomatickou cestou. V takomto prípade zanikne platnosť zmluvy jeden rok odo dňa vypovedania. Platnosť zmluvy zanikne aj bez aj bez vypovedania dňom, kedy bude ukončená platnosť Európskeho dohovoru o vydávaní z 13. decembra 1957 medzi zmluvnými štátmi tejto zmluvy.

Dané vo Viedni, dňa 20. júna 1994 v dvoch pôvodných vyhotoveniach, každé v jazyku nemeckom a slovenskom, pričom obe znenia majú rovnakú platnosť.

Za Rakúsku
republiku:

NIKOLAUS MICHALEK

Za Slovenskú
republiku:

MILAN HANZEL

[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT¹ BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE SLOVAK REPUBLIC TO SUPPLEMENT THE EUROPEAN CONVENTION ON EXTRADITION OF 13 DECEMBER 1957² AND TO FACILITATE ITS APPLICATION

*Article I**(Ad article 2 of the Convention)*

If extradition is granted in accordance with article 2, paragraph 1, of the Convention, extradition shall be granted also in respect of other offences if those offences are punishable in both States by a penalty that must be imposed by a court.

*Article II**(Ad article 5 of the Convention)*

(1) For offences in connection with taxes, duties, customs, monopoly and foreign exchange, and offences involving violation of commodity control or foreign trade regulations, extradition shall be granted if the offence that gave rise to the request is also punishable by the courts of the requested State under a comparable penalty provision.

(2) Extradition may not be refused solely on the grounds that the laws of the requested State contain no tax, duties, customs, monopoly and foreign exchange provisions or no provisions in respect of commodity controls or foreign trade of the same kind as the laws of the requesting State.

*Article III**(Ad articles 7 and 8 of the Convention)*

(1) The requested State may grant the extradition of a person in respect of an offence which, according to its law, is within its jurisdiction if adjudication by the judicial authorities of the requesting State is expedient because of special circumstances, especially for ascertaining the truth or for reasons related to handing down and carrying out a sentence, or in the interest of rehabilitating the offender.

(2) With respect to decisions concerning consent to re-extradition (article 15 of the Convention), paragraph 1 shall apply *mutatis mutandis*.

¹ Came into force on 1 February 1996, i.e., the first day of the third month following the month of the exchange of the instruments of ratification, which took place at Bratislava on 28 November 1995, in accordance with article XVIII (2).

² United Nations, *Treaty Series*, vol. 359, p. 273.

Article IV

(*Ad article 9 of the Convention*)

(1) Extradition shall also not be granted if the offences for which extradition is requested were committed in a third State and if one of the decisions referred to in article 9 of the Convention was issued.

(2) Where final judgement has been passed in the requested State, extradition may nonetheless be granted under the conditions specified in article III, paragraph 1 of this Agreement if new facts or evidence justify a resumption of the proceedings if the sentence imposed in the judgement has not been served or has been served only in part and no pardon has been issued for the unserved part.

(3) The requested State shall not refuse the extradition of a person if its judicial authorities have acquitted that person solely by reason of lack of jurisdiction or did not institute proceedings against him or suspended proceedings that had been instituted solely for that reason.

Article V

(*Ad article 10 of the Convention*)

The prevention of any legal effects, or interruption, of lapse of time shall be governed solely by the law of the requesting State.

Article VI

(1) An amnesty proclaimed in the requested State shall not preclude extradition if the offence for which extradition is requested is not within the jurisdiction of that State.

(2) The obligation to extradite shall not be affected by the absence of an authorization or of any other declaration of the injured party that may be required under the law of the requested State in order to institute or continue proceedings.

Article VII

(*Ad article 12 of the Convention*)

(1) Without prejudice to the admissibility of the diplomatic channel, correspondence relating to the matters dealt with in this Agreement shall be conducted through the Federal Ministry of Justice in the case of the Republic of Austria and through the State Counsel's Department in the case of the Slovak Republic.

(2) In cases of suspension of sentence, interruption of sentence, and conditional suspension of the enforcement of a sentence or preventive measure, a request for extradition or transit must be accompanied by the documents evidencing enforceability.

Article VIII

(*Ad article 14 of the Convention*)

(1) Conditional discharge or release without an order restricting the freedom of movement of the extradited person shall be assimilated to final discharge.

(2) For the purposes of article 14, paragraph 2, of the Convention, the requesting State may also take measures to obtain the documents necessary for the submission of a request for consent in accordance with article 14, paragraph 1 (*a*), of the Convention. To that end, the extradited person may be questioned and may be brought before a court for questioning. Once a request for consent has been submitted, the extradited person may be held in custody in the requesting State until the decision concerning the request is received if such custody is in itself admissible under the law of that State.

Article IX

(*Ad article 15 of the Convention*)

A request for consent to re-extradition to another party to the Convention or to a third State shall be accompanied by the documents mentioned in article 12, paragraph 2, of the Convention which have been communicated to the State submitting the request. Consent shall be given if extradition to the other Contracting Party or to the third State by the Contracting Party whose consent is requested would be admissible for the offence in respect of which extradition is requested.

Article X

(*Ad article 16 of the Convention*)

(1) Requests for provisional arrest may be submitted by a court, by a State Counsel's Department, and by a higher judicial and police authority of one Contracting State to the competent judicial or police authorities of the other Contracting State. The statement of the offence in the request shall include a brief account of the facts of the case.

(2) If the competent authorities of a Contracting State become aware that another Contracting State may wish it to extradite a person located in its territory, they shall immediately enquire through the ordinary channels provided for in article 16, paragraph 2, of the Convention whether that State requests the extradition of that person. If the person is placed under provisional arrest, the other Contracting State shall be informed without delay of the date of arrest and of the place where the person is being held.

(3) The time limits specified in article 16, paragraph 4, of the Convention shall be met if the request for extradition and accompanying documents are faxed to the Ministry of Justice of the requested State before they expire and the originals are sent within a reasonable period of time.

Article XI

(Ad article 17 of the Convention)

When making a decision under article 17 of the Convention, the requested State shall also decide on the admissibility of any re-extradition. It shall inform all States involved of its decision concerning re-extradition.

Article XII

(Ad article 19 of the Convention)

(1) Article 19, paragraph 1, of the Convention shall also apply with respect to the carrying out of a preventive measure.

(2) For the purposes of Article 19, paragraph 2, of the Convention, temporary surrender may be requested for the performance of urgent procedural acts. The procedural acts shall be described in detail in the request. Surrender may be refused if a prosecution in the requested State would thereby be substantially delayed or impeded. The person surrendered shall be returned after the performance of the procedural acts in the requesting State or if asked for by the requested State, regardless of his nationality.

(3) In case of temporary surrender, the person surrendered shall be held in custody throughout in the requesting State. The time spent in custody shall be taken into account in the sentence to be served in the requested State.

(4) Expenses incurred in the territory of the requested State by reason of temporary surrender shall not be reimbursed.

Article XIII

(Ad article 20 of the Convention)

(1) If the extradition of a person is granted, the property referred to in article 20 of the Convention or obtained as compensation for such property shall, if possible, be handed over simultaneously with the person to be extradited without a special request. It shall be handed over even if the extradition already granted cannot be carried out because the person has fled or died and, furthermore, even if an extradition which would be admissible under the Convention cannot be granted because the person to be extradited has fled or died or because it was impossible to enter the requested State.

(2) The requested State shall indicate what part of the property referred to in article 20 of the Convention has been seized and whether the person to be extradited agrees to the direct return of the property to the injured party. The requesting State shall inform the requested State as soon as possible whether it waives the handing over of the property on the condition that it is delivered to the injured party or his authorized representative.

(3) When handing over property and waiving the return thereof, the requested State shall not assert any customs lien or other liability in rem under the provisions of customs law or taxation law, unless the property-owner injured by the offence is himself liable for the duty or tax in question.

Article XIV

(Ad article 21 of the Convention)

(1) The State requested to grant transit shall hold the person handed over to it in custody throughout transit.

(2) Where a person who is extradited from a third State to one of the Contracting Parties is to be transported by air over the territory of the other Contracting Party without an intermediate landing, it shall not be necessary to notify the State over whose territory the flight is to be made if the person neither possesses nor claims the nationality of that State and if the person is not being extradited for any of the offences referred to in articles 3 and 4 of the Convention.

Article XV

(Ad article 23 of the Convention)

Requests for extradition and other documents shall be written in the language of the requesting State. No translations shall be required.

Article XVI

(Ad article 25 of the Convention)

For the purposes of this Agreement, the term “preventive measure” (detention order) means any order involving deprivation of liberty that has been issued by a criminal court in accordance with penal law in addition to or instead of a prison sentence. If the duration of a measure that has not yet been executed has not been determined, for the purposes of this Agreement the latest date on which the measure would be lifted under the laws of the requesting State shall prevail.

Article XVII

(Ad article 31 of the Convention)

Should either of the Contracting Parties denounce the Convention, the denunciation shall take effect as between the Republic of Austria and the Slovak Republic two years after the Secretary-General of the Council of Europe receives notification of the denunciation.

Article XVIII

(1) This Agreement shall be subject to ratification; the instruments of ratification shall be exchanged in Pressburg.

(2) This Agreement shall enter into force on the first day of the third month following the month of the exchange of the instruments of ratification.

(3) This Agreement is concluded for an unlimited period, unless one of the Contracting Parties denounces it in writing through the diplomatic channel. In that case, the Agreement shall cease to have effect one year after the date of denunciation. Even if it is not denounced, the Agreement shall cease to have effect on the date

when the European Convention on Extradition of 13 December 1957 ceases to have effect as between the Parties to this Agreement.

DONE at Vienna, on 20 June 1994, in duplicate, in the German and in the Slovak languages, both texts being equally authentic.

For the Republic
of Austria:

NIKOLAUS MICHALEK

For the Slovak
Republic:

MILAN HANZEL

[TRADUCTION — TRANSLATION]

TRAITÉ¹ ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE SLOVAQUE VISANT À COMPLÉTER LA CONVENTION EUROPÉENNE D'EXTRADITION DU 13 DÉCEMBRE 1957² ET À FACILITER SON APPLICATION

Article premier

(Ad article 2 de la Convention)

Lorsque l'extradition est accordée en application du paragraphe 1 de l'article 2 de la Convention, elle est également accordée pour d'autres faits dont la répression est de la compétence des tribunaux dans les deux Etats contractants.

Article II

(Ad article 5 de la Convention)

1) En matière d'impôts, de taxes, de douane, de monopole et de change et dans les affaires relatives à la violation de dispositions en matière de contingentement ou de commerce extérieur, l'extradition n'est accordée que si le fait qui motive la demande serait également punissable d'une peine par un tribunal en vertu d'une disposition pénale comparable de l'Etat contractant requis.

2) L'extradition ne peut être refusée pour le seul motif que la législation de l'Etat contractant requis ne contient pas de dispositions en matière d'impôts, de taxes, de douane, de monopole et de change ou de dispositions en matière de contingentement ou de commerce extérieur similaires à celles de la législation de l'Etat contractant requérant.

Article III

(Ad articles 7 et 8 de la Convention)

1) L'Etat contractant requis accorde l'extradition pour une infraction qui, selon sa législation, relève de sa juridiction lorsque priorité doit être donnée à l'exécution de la procédure pénale dans l'Etat contractant requérant compte tenu des circonstances particulières, notamment pour des motifs d'établissement de la vérité et de fixation et d'exécution de la peine ou dans l'intérêt de la réinsertion du contrevenant.

2) Le paragraphe 1 s'applique par analogie aux décisions relatives à l'assentiment requis pour la réextradition (article 15 de la Convention).

¹ Entré en vigueur le 1^{er} février 1996, soit le premier jour du troisième mois ayant suivi le mois de l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Bratislava le 28 novembre 1995, conformément au paragraphe 2 de l'article XVIII.

² Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 359, p. 273.

Article IV

(Ad article 9 de la Convention)

1) L'extradition n'est pas non plus accordée lorsque les faits qui motivent la demande ont été commis dans un État tiers et que l'une des décisions visées à l'article 9 de la Convention a été prise dans cet État.

2) Lorsqu'un jugement définitif a été rendu dans l'État contractant requis, l'extradition peut néanmoins être accordée dans les conditions prévues au paragraphe 1 de l'article III du présent Traité si des faits ou des preuves nouvelles justifient une reprise des poursuites ou si la peine prononcée n'a pas été exécutée ou ne l'a pas été entièrement et n'a pas été remise pour la partie non encore exécutée.

3) L'État contractant requis ne refusera pas l'extradition d'une personne lorsque ses autorités judiciaires n'ont acquitté cette personne qu'en raison d'un défaut de juridiction ou lorsque, pour cette seule raison, elles n'ont engagé aucune poursuite ou ont suspendu des poursuites déjà engagées.

Article V

(Ad article 10 de la Convention)

L'arrêt ou l'interruption de la prescription sont régis uniquement par la législation de l'État contractant requérant.

Article VI

1) Une amnistie déclarée dans l'État contractant requis ne s'oppose pas à l'extradition si l'infraction pour laquelle l'extradition est demandée ne relève pas de la juridiction de cet État.

2) L'obligation d'extrader existe même en l'absence d'une autorisation de poursuites ou d'une autre déclaration de la personne lésée qui serait nécessaire selon la législation de l'État contractant requis pour engager ou poursuivre la procédure pénale.

Article VII

(Ad article 12 de la Convention)

1) Dans les affaires régies par le présent Traité, l'échange de correspondance s'effectue entre le Ministère fédéral de la justice de la République d'Autriche d'une part et le Procureur général de la République slovaque et le Ministère de la justice de la République slovaque de l'autre. Cette disposition n'exclut pas la voie diplomatique.

2) En cas de suspension ou d'interruption de peine ou de suspension conditionnelle de l'exécution d'une peine ou d'une mesure de sûreté, les documents attestant leur caractère exécutoire sont joints à la demande d'extradition ou de transit.

Article VIII

(Ad article 14 de la Convention)

1) La libération conditionnelle d'une personne extradée, si elle n'est pas assortie de mesures restreignant sa liberté, est assimilée à un élargissement définitif.

2) L'Etat contractant requis peut également, aux fins du paragraphe 2 de l'article 14 de la Convention, prendre des mesures en vue d'obtenir les pièces nécessaires à la présentation d'une demande de consentement conformément à l'alinéa 1, a de l'article 14 de la Convention; à cette fin, la personne extradée peut être interrogée, et sa comparution devant un tribunal pour un interrogatoire est autorisée. Après la présentation de la demande de consentement, elle peut être maintenue en détention, nonobstant les réserves figurant à l'article 14 de la Convention, jusqu'à réception de la décision concernant cette demande, lorsque l'ordre de détention est recevable en soi selon la législation de l'Etat contractant requérant.

Article IX

(Ad article 15 de la Convention)

Toute demande de consentement à une réextradition vers une autre Partie à la Convention ou vers un Etat tiers doit être accompagnée des pièces mentionnées au paragraphe 2 de l'article 12 de la Convention qui ont été communiquées à l'Etat contractant demandant ce consentement. Le consentement est donné si l'extradition vers l'autre Partie contractante ou vers l'Etat tiers par l'Etat contractant dont le consentement est demandé serait autorisé compte tenu de l'infraction au titre de laquelle l'extradition est demandée.

Article X

(Ad article 16 de la Convention)

1) Les demandes d'arrestation provisoire peuvent être adressées par les tribunaux, le ministère public et les autorités judiciaires et de police supérieures d'un Etat contractant aux autorités judiciaires ou de police compétentes de l'autre Etat contractant. L'indication de l'infraction figurant dans la demande doit s'accompagner d'un bref résumé des faits en l'espèce.

2) Si les autorités compétentes de l'un des Etats contractants apprennent que se trouve sur le territoire de cet Etat contractant une personne dont l'extradition peut être réclamée par l'autre Etat contractant, elles demandent sans délai à celui-ci, par la voie prévue au paragraphe 3 de l'article 16 de la Convention, s'il réclame l'extradition de cette personne. Si la personne est mise en détention provisoire, l'autre Etat contractant en est informé sans délai, avec indication de la date de l'arrestation et du lieu de détention.

3) Les délais visés au paragraphe 4 de l'article 16 de la Convention sont respectés lorsque la demande d'extradition et les pièces à joindre sont parvenues par télécopie avant leur expiration au Ministère de la justice de l'Etat requis et que les documents originaux ont été ensuite communiqués dans un délai raisonnable.

Article XI

(Ad article 17 de la Convention)

Lorsqu'il prend la décision visée à l'article 17 de la Convention, l'Etat contractant requis se prononce également sur l'admissibilité de la réextradition; il fait connaître sa décision sur ce point à tous les Etats intéressés.

Article XII

(Ad article 19 de la Convention)

1) Le paragraphe 1 de l'article 19 de la Convention peut également être invoqué pour l'exécution d'une mesure de sûreté.

2) Aux fins du paragraphe 2 de l'article 19 de la Convention, une remise temporaire peut aussi être demandée pour l'accomplissement d'actes de procédure urgents. Ces actes de procédure doivent être précisés dans la demande. Il n'est pas consenti à la remise si celle-ci doit retarder considérablement ou rendre difficiles des poursuites dans l'Etat contractant requis ou si elle risque d'avoir des inconvénients disproportionnés pour la personne à extraditer. Après l'accomplissement des actes de procédure dans l'Etat contractant requérant ou sur la demande de l'Etat contractant requis, la personne remise est rendue, quelle que soit sa nationalité.

3) En cas de remise provisoire, la personne remise est maintenue en détention dans l'Etat contractant requérant pendant toute la durée de son séjour. La durée de cette détention est imputée sur la peine à accomplir dans l'Etat contractant requis.

4) Les dépenses occasionnées sur le territoire de l'Etat contractant requis par la remise provisoire ne sont pas remboursées.

Article XIII

(Ad article 20 de la Convention)

1) Si l'extradition d'une personne est accordée, les objets visés à l'article 20 de la Convention ou toute autre chose obtenue en contrepartie sont, si possible et sans demande spéciale, remis simultanément avec la personne à extraditer. Ils sont également remis lorsque l'extradition déjà accordée ne peut être effectuée en raison du décès ou de la fuite de cette personne; et en outre lorsque l'extradition qui serait admissible en vertu de la Convention ne peut être accordée parce que la personne à extraditer est en fuite ou décédée ou n'a pu être appréhendée dans l'Etat contractant requis.

2) L'Etat contractant requis fait savoir à l'Etat contractant requérant quels sont les objets visés à l'article 20 de la Convention qui ont été saisis et si la personne à extraditer accepte qu'ils soient directement restitués à la personne lésée. L'Etat contractant requérant fait savoir dès que possible à l'Etat contractant requis s'il renonce à la remise des objets à la condition que ceux-ci soient remis à la personne lésée ou à son mandataire.

3) Lors de la remise d'objets avec renonciation à leur restitution, l'Etat contractant requis ne peut faire valoir l'existence d'un droit de gage douanier ou d'une autre sûreté réelle sur ces objets en vertu des dispositions de sa législation douanière

ou fiscale, à moins que le propriétaire des objets lésé par l'infraction ne soit lui-même redevable des droits ou de l'impôt en cause.

Article XIV

(Ad article 21 de la Convention)

1) L'Etat contractant requis du transit doit maintenir en détention la personne qui lui est remise pendant la durée du transit.

2) Si une personne extradée par un Etat tiers vers un Etat contractant doit être transportée par avion à travers le territoire de l'autre Etat contractant sans escale dans cet Etat, une saisine de l'Etat contractant dont le territoire est survolé n'est pas nécessaire lorsque la personne ne possède ni ne revendique la nationalité de cet Etat et que l'extradition ne fait pas suite à l'une des infractions visées aux articles 3 et 4 de la Convention.

Article XV

(Ad article 23 de la Convention)

Les demandes d'extradition et les autres documents sont rédigés dans la langue de l'Etat contractant requérant. Il ne sera pas réclamé de traductions.

Article XVI

(Ad article 25 de la Convention)

Aux fins du présent Traité, l'expression « mesure de sûreté » désigne une mesure privative de liberté ordonnée, en complément ou en substitution d'une peine, par sentence d'une juridiction pénale. Si la durée d'une mesure non encore exécutée est indéterminée, la date à considérer aux fins du présent Traité est la date limite à laquelle la mesure doit être levée selon la législation de l'Etat contractant requérant.

Article XVII

(Ad article 31 de la Convention)

Si l'un des deux Etats contractants dénonce la Convention, la dénonciation prendra effet entre la République d'Autriche et la République slovaque deux ans après que le Secrétaire général du Conseil de l'Europe en aura reçu notification.

Article XVIII

1) Le présent Traité est soumis à ratification. Les instruments de ratification seront échangés à Preßburg.

2) Le présent Traité entrera en vigueur au premier jour du troisième mois suivant le mois où auront été échangés les instruments de ratification.

3) Le présent Traité restera en vigueur pendant une durée indéterminée, à moins que l'un des Etats contractants ne le dénonce par écrit et par la voie diplomatique. En pareil cas, il cessera d'être en vigueur un an après la dénonciation. Il cessera aussi d'être en vigueur sans dénonciation à la date à laquelle la Convention

européenne d'extradition du 13 décembre 1957 cessera d'être en vigueur entre les Parties au présent Traité.

FAIT à Vienne le 20 juin 1994 en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et slovaque, les deux textes faisant également foi.

Pour la République
d'Autriche :

NIKOLAUS MICHALEK

Pour la République
slovaque :

MILAN HANZEL
